

Laibacher Zeitung.

Nr. 276.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Samstag, 30. November

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jebeim 30 kr.

1872.

Mit 1. Dezember

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende Dezember 1872:

Im Comptoir offen	fl. 92 kr.
Im Comptoir unter Couvert	1 „ —
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 „ —
Mit Post unter Schleifen	1 „ 25

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht: **Lieber Freiherr v. Lasser!** Ich finde Mich bestimmt, den Reichsrath zur Wiederaufnahme seiner Thätigkeit auf den 12. Dezember d. J. einzuberufen, und beauftrage Sie, hienach das Entsprechende zu veranlassen. **Wien, 26. November 1872.**

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Lasser m. p.

Der Minister des Innern hat über Einschreiten des ersten allgemeinen Beamtenvereins der österreichisch-ungarischen Monarchie im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien dem Herrn Karl Friedrich Fellmann Ritter v. Norwill, Präsidenten jenes Vereines, die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Vaugesellschaft des ersten allgemeinen Beamtenvereins der österreichisch-ungarischen Monarchie“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Amalie Freiin Pasqualati, dann den Herren Heinrich Schirmer, M. v. Springer und Johann B. Klerer auf Grund der der Erstgenannten mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 24. Oktober 1860 verliehenen Concession die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft zum Baue und Betriebe eines ständigen Theaters in Wien unter der Firma „Wiener Theater-Actiengesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Georg v. Bartal, Dr. G. Ab. Ungar-Szentmihály, Thomas Nowak, Wilhelm Tierhier, Dr. Ignaz Haas, Karl Fürsten Jablonowski, Wenzel De Laglio, Franz Razda, Ferdinand Leirich und Johann Leopolder die Errichtung einer Actiengesellschaft für die fabrikmäßige Erzeugung und den Betriebe von Bestandtheilen und Reservestücken der Fahrbetriebsmittel von Eisenbahnen unter Firma „Reserve“ mit dem Sitze in Wien bewilligt und deren Statuten genehmigt. (Wegen Unvollständigkeit in Nr. 268 wiederholt abgedruckt.)

Der erste Präsident des k. k. Obersten Gerichtshofes hat die bei demselben erledigte Hofsecretärsstelle dem Rathsecretärs-Adjuncten dieses Gerichtshofes Dr. Stephan Seidler und die hiedurch in Erledigung gekommene Rathsecretärs-Adjunctenstelle dem k. k. wiener Landesgerichts-Adjuncten Dr. Leopold Adler verliehen.

Am 2. Dezember d. J. um 9 Uhr vormittags wird im Beisein der Staatsschulden-Controlcommission des Reichsrathes in dem für Verlosungen bestimmten Saale im Bancogebäude, Singerstraße, die 32. Verlosung der Serien des Lotto-Anlehens vom 1839 und die 43. Verlosung der Serien- und Gewinn-Nummern des Prämien-Anlehens vom Jahre 1864 vorgenommen werden. Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

Am 27. November 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 21. August 1872 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen XLV. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter Nr. 119 die Verordnung des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Cultus und Unterricht und des Justizministeriums vom 14. Juli 1872, betreffend die Rechtsver-

tretung der staatlichen Schulbehörden durch die Finanzprocuraturen;

Nr. 120 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 30. Juli 1872, betreffend die Anwendung der für die Hochschulen überhaupt geltenden Gesetze und Verordnungen auf die Hochschule für Bodencultur in Wien;

Nr. 121 die provisorische Verordnung des Ackerbauministeriums vom 31. Juli 1872 bezüglich der Habilitation und Function von Privatdocenten an der Hochschule für Bodencultur in Wien;

Nr. 122 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 1. August 1872, betreffend die Wirksamkeit der Immatriculation an der Hochschule für Bodencultur bezüglich der anderen Hochschulen Wiens;

Nr. 123 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 1. August 1872, betreffend die Matrikelgebühr und das Unterrichtshonorar, welche an der Hochschule für Bodencultur in Wien zu erlegen sind;

Nr. 124 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 1. August 1872, betreffend die Bestellung von honorierten Docenten an der Hochschule für Bodencultur in Wien;

Nr. 125 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 1. August 1872, womit Uebergangsbestimmungen zur Verordnung vom 31. Juli 1872, betreffend die Habilitation von Privatdocenten für Bodencultur getroffen werden;

Nr. 126 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 4. August 1872 über die Errichtung einer Expositur des Hauptzollamtes in Prag am Bahnhofe der k. k. Eisenbahn zu Smichow;

Nr. 127 den Erlass des Finanzministeriums vom 9. August 1872 in Betreff der Zoll- und Verzehrungssteuerbehandlung der zur wiener Weltausstellung im Jahre 1873 eintreffenden Gegenstände.

(W. Btg. Nr. 272 vom 27. November.)

Nichtamtlicher Theil.

Se. Exc. der Herr Ackerbauminister hat das vorgelegte Project einer Ausstellung der österreichischen Melkviehracen bei der Weltausstellung, welche die wiener Landwirthschafts-Gesellschaft im Einvernehmen mit den anderen Landwirthschafts-Gesellschaften zu veranstalten gedenkt, im Interesse der geeigneten Vertretung der österreichischen Rindviehzucht, bei dieser hervorragenden Gelegenheit und namentlich mit Rücksicht auf den Umstand, daß dadurch während der ganzen Zeit der Ausstellung den Besuchern derselben Gelegenheit geboten wird, sich mit den österreichischen Viehracen bekannt zu machen, so berücksichtigungswerth und im Interesse des ganzen Reiches liegend befunden, daß er für das Unternehmen, wenn es unter den angegebenen Modalitäten zur Durchführung kommt, einen Staatsbeitrag aus der Dotation des Ackerbauministeriums in der Höhe von 20.000 fl. für das nächste Jahr in Aussicht stellte. Bei der Zusicherung dieses Staatsbeitrages ging der Herr Minister von der Voraussetzung aus, daß von der Generaldirection der Weltausstellung ein Platz für das Gebäude unentgeltlich überlassen und auch das Recht des Milch- und Kaffeeschankes ohne besondere Kosten eingeräumt wird. Die Abordnung eines Vertreters des Ackerbauministeriums in das zur Durchführung des Unternehmens bestimmte Comité wurde vorbehalten.

Vom Tage.

Die „Presse“ bringt in Betreff der in Aussicht stehenden Wahlreformvorlage unterm 27. d. M. nachstehende Mittheilung: „Der letzte Rettungsanker der Föderalisten und Feudalen ist durch die Thatfache vernichtet, daß der unter Vorsitz des Monarchen abzuhaltende Ministerrath, der unter anderem auch den formellen Abschluß der Wahlreform bringen soll, für morgen anberaumt wurde. Die Gegner des Ministeriums waren infolge der mehrfachen Hinausschiebung des Consequenz zu völlig unberechtigten Combinationen gelangt und gaben sich Hoffnungen und Erwartungen hin, die nur aus einer totalen Unkenntnis der Verhältnisse gezogen werden konnten. Die Festsetzung des Tages für den Ministerrath blieb von ganz nebensächlicher Bedeutung. Beweis hiefür, daß noch gestern, und zwar aus rein formellen Gründen, ein weiterer Aufschub bis in die ersten Tage des kommenden Monats in bestimmte Aussicht genommen war und daß wieder Umstände rein formeller Art zu dem abändernden Entschluß führten, den Consequenz heute zusammentreten zu lassen. Es ist kein Zweifel, daß denselben vorwiegend die Wahlreformvorlage beschäftigten wird. Die Ausarbeitung derselben hat die volle Billigung des Monarchen erhalten, worüber unzweideutige, mehr als mündliche Aeußerungen vorliegen, was zumal den Feudalen nicht unbekannt sein sollte, wenn sie über die Stimmung in den Allerhöchsten Kreisen in der That so gut unterrichtet wären, wie sie

in ihrem Organe sich den Anschein geben. Bedeutsam wird der morgige Ministerrath speciell für Galizien, insofern werden, als er auch über die Stellung dieses Kronlandes gegenüber der Wahlreform zu entscheiden haben wird und dies möglicherweise in Verbindung mit der Antwort geschehen wird, die dem galizischen Landtage über die Adresse zu ertheilen ist. Der Verlauf der Adreßdebatte im galizischen Landtage konnte übrigens dem Ministerium keinen Anlaß geben, von seiner den Polen im allgemeinen nicht ungünstigen Position irgendwie abzugehen.“

Die wiener Blätter vom 27. d. beschäftigen sich fast durchwegs mit den nunmehr zu Ende geführten Adreßdebatten im galizischen Landtage. Sie thun dies auf Grund der vorliegenden telegraphischen Berichte, welche der Natur der Sache nach nicht vollständig sein können. Mehrere Blätter constatieren, daß aus den Verhandlungen ein dem Ministerium freundlicher Ton hervorklinge. Die „N. Fr. P.“ findet an denselben zumal die gegen den Föderalismus gerichteten Aeußerungen einiger hervorragenden Redner bemerkenswerth, ein Umstand, welcher in gleicher Weise auch von der „Tagespresse“ hervorgehoben wird. Daß dem galizischen Landtage Gelegenheit geboten wurde, sich mit eclatanter Majorität gegen den Föderalismus auszusprechen, findet das „Fremdenblatt“ sogar als den hauptsächlichsten praktischen Erfolg der Adreßdebatte. Das „N. Frbl.“ glaubt endlich darauf hinweisen zu müssen, wie zahlreiche und verschiedenartige Gegner die Adresse selbst in ihrer gemäßigten Form in der Repräsentanz Galiziens gefunden habe und wie die Anhänger derselben nur durch allerlei Compromisse zusammengehalten werden konnten.

Bur Action der Landtage.

(27. November.)

Niederösterreich. Der Landtag beschäftigt sich mit der Verathung des Gesetzes über die Vermittlungsämter. Der betreffende Gesetzentwurf, hervorgegangen aus einem Compromiß zwischen Regierung, Landesauschuß und Gemeindevorstand, wurde, da im Hause gegen denselben keine principiellen Bedenken hervortraten, mit wenigen unwesentlichen Modificationen in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben. Desto lebhafter gestaltete sich die Discussion über die Regierungsvorlage, betreffend die Schonzeit des Wildes. Dr. Granitsch beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Diefem Standpunkte gegenüber vertraten die Abgeordneten des Großgrundbesitzes und der Städte die Ansicht, daß ein so lucrativer Zweig der Landesproduction, wie die rationelle Ausbeutung des Wildstandes, nicht ohneweiters beiseite geworfen werden könne, zumal der Schaden, den das Wild an Feld und Acker anrichte, in keinem Verhältnisse zu den national-ökonomischen Vortheilen stehe, welche gerade die Landbevölkerung aus dem Ertrage des erlegten Wildes ziehe. Die beinahe dreistündige Verathung, an welcher auch der Statthalter mit der Erklärung theilnahm, daß die Regierung die Nothwendigkeit einer Aenderung der Jagdgesetzgebung gerne anerkenne, schloß mit der Ablehnung einer vom Abgeordneten Dumba beantragten motivierten Tagesordnung.

Salzburg. Der Antrag Pienbachers, der Verwaltungsausschuß möge über die Predilbahnangelegenheit noch in dieser Session Bericht erstatten, wird angenommen. Der Landeshauptmann theilt ein Telegramm des Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg mit, wonach eine Allerhöchste Entschliessung betreffend die Wiedererrichtung des Bezirksgerichtes in Golling erfloffen ist. Der Landtag bringt ein dreimaliges Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus. Zahlreiche Ausschußberichte wurden sodann erledigt.

Böhmen. Ruß und Genossen beantragen die Beschließung eines Gesetzentwurfes, durch welchen einige Paragraphe des Gesetzes vom 21. Jänner 1870 zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrerstandes an den öffentlichen Volksschulen abgeändert werden sollen. Ruß und Genossen beantragen entsprechende Abänderungen des Gesetzes über die Bezirksvertretungen. Die Berichte der Budgetcommission über den Rechnungsabluß des Stiftsfonds, über die Befreiung der Officiate und Assistenten vom Erlage einer Dienstcaution und über den Zustand der aus dem Landesfonds dotierten landwirthschaftlichen Schulen werden genehmigt und hierauf Berichte des Petitionsausschusses verhandelt.

Schlesien. Der Reichsrathsabgeordnete F. v. Miller legt sein Mandat als solcher nieder. Der Gesetzentwurf einer Feuerpolizeiordnung wird angenommen.

Galizien. Ziemiakowski, Chrzanowski und Rabat erneuern den Antrag auf Vermehrung der Abgeordneten für die Städte bis auf 35. Smolla interpellierte den Regierungskommissär, warum ein Gesetzentwurf über die Amortisierung der vom Jahre 1853 bis 1867 dem galizischen Grundentlastungsfonds geleisteten Staatszuschüsse und die fernere staatliche Dotierung dieses Fonds im Reichsrathe nicht eingebracht wurde. Folgt sodann die Generaldebatte des Straßengesetzes.

Steiermark. Der Landtag hat das Budget pro 1873 angenommen, die Subvention für die städtische Realschule abgelehnt, und für die neue Gewerbeschule 2000 fl. bewilligt. Unterrichtsminister Stremayr wohnte der Sitzung bei.

Kärnten. Abg. Leitgeb, Berichterstatter des Schulausschusses, beantragt die Mehreinsetzung von 1000 fl. für Lehrmittel an Volksschulen. Einspieler beantragt, nur den vorjährigen Ueberschuß mit 1700 fl. für arme Gemeinden zu verwenden, ferner an slovenische Gemeinden slovenische Lehrmittel zu verabsorgen. Der Berichterstatter constatirt, daß slovenische Gemeinden deutsche Lehrmittel verlangen, weil sie die neu-slovenische Sprache nicht verstehen; auch seien keine guten slovenischen Lehrmittel vorhanden. Abg. Rainer weist nach, daß die ganze Bewegung durch die clerical-nationale Agitation künstlich hervorgerufen ist, der slovenischen Bevölkerung Zwang auferlege und den Bedürfnissen derselben nicht entspreche. Hoch bedauernd sei die Agitation der slovenischen Geistlichen, namentlich der Krainer im Lande, wodurch die slovenische Bevölkerung, welche sich ganz als Kräutner fühlt, irreführt wird. (Lebhaftes Bravo!) Der Regierungsleiter spricht für die Ausschufsanträge und gegen Einspieler. Für diesen erhebt sich nur der Fürstbischof. Die Ausschufsanträge werden mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Alle anderen Gegenstände der Tagesordnung haben nur locales Interesse.

Dur Affaire Csernatony

läßt sich eine Correspondenz des „P. U.“ aus Wien unterm 25. d. vernehmen, wie folgt: „Die Vorgänge im ungarischen Unterhause haben hier im verfassungstreuen wie im feudalen Lager aufmerksame Beobachter gefunden. Im letzteren kennzeichnen sich die Erwartungen, die man an diese Ereignisse knüpfte, zur Genüge durch zwei einfache Thatsachen, von denen die eine in dem Jubel der national-feudalen Presse über die beklagenswerthen Szenen im ungarischen Unterhause, die andere darin besteht, daß das hiesige feudale Organ sofort den Namen Sennhey lancierte. In dem einen Momente drückt sich die Hoffnung auf einen Umsturz alles Bestehenden, in dem anderen die Zuversicht aus, mit der man von Seite der hiesigen Reaction den Namen Sennhey für sich reclamieren zu können glaubt. Inwiefern eine solche Annahme eine berechtigte ist, wird man in Pest zunächst beurtheilen können, hier sei nur die Thatsache constatirt, daß unsere Clams, Thuns u. s. f. Herrn v. Sennhey als ihren Mann betrachten. Dieselben Gründe, welche die feudal-nationalen Organe auffauchen ließen, mußten die Verfassungspartei mit Betrübnis und Befürchtungen erfüllen. Hier ist man sich klar, daß mit dem Sturze eines von der Deakpartei vollständig getragenen Cabinets und dem Versuche, auch Ungarn zum Objecte für altconservative Projecte zu machen, der Parlamentarismus in Oesterreich an seinem Lebensabende stünde. In der constitutionellen Entwicklung unserer Westhälfte fehlt der altconservative Gedanke, wie er sich in Ungarn erhielt und selbst mit der modernen Entwicklung sich abzufinden gewußt hat, vollständig. Dem ungarischen Altconservatismus stünde hier die finsternste Reaction gegenüber, die ihre erste Aufgabe darin erblicken würde, mit dem constitutionellen Rechtsstaate nach einem bekannten Muster tabula rasa zu machen. Darum blickte man im verfassungstreuen Lager fast ängstlich nach den Vorgängen im ungarischen Parlament und im Deaklokal und ist jetzt hoch befriedigt, daß das Cabinet Konhazy auch diese oppositionelle Feuerprobe siegreich bestand. Im allgemeinen war unsere Presse der Ausdruck dieser Stimmung, einzelne Organe ausgenommen, denen die Magyarophobie zur zweiten Natur geworden und die sich selbst in diesem für ihre eigene Partei bedeutsamen Momente von ihr fortreißen ließen. In Ungarn werden wohl diese vereinzelten Stimmen nicht schwer genug in die Wagschale fallen, um über dieselben an die sympathischen Randgebungen der gesammten liberalen Presse Oesterreichs für die ungarische Verfassungspartei zu vergessen.“

Sämmtliche Blätter sprechen ihre Befriedigung über die Lösung der Affaire Csernatony aus. „Naplo“ schreibt: „Damit wir alle in uns lehren, damit wir alle ohne Ausnahme erkennen, was auf dem Spiele steht, um welche große Interessen des Landes es sich handelt, dazu war es vielleicht nöthig, daß die Krisis sich so rasch entwickelte, wie dies seit acht Tagen geschehen. Unter der Einwirkung all der erlebten Erscheinungen fühlten wir alle, daß es, geschehe was da will, so nicht weiter gehen könne. Allgemein wurde die

Ueberzeugung, daß wir auf eine abschüssige Bahn gerathen sind, die zum Abgrund leitet. Die heutige Stimmung gab Zeugnis von der Allgemeinheit dieser Ueberzeugung. Möchte doch die Versöhnlichkeit, die alle Parteien von ihrem Alpdruck befreit hat, dauernd sein.“

„Reform“ schreibt: Viele fragen, ob es nicht vernünftiger gewesen wäre, die Krisis durch Abstimmung, als durch die Unterhandlung zu lösen. Die Abstimmung hätte entweder die Regierung in offener Parlamentsitzung gestürzt, oder es würde sich für die Regierung eine Majorität ergeben haben, aus welcher die unverlässlichen Elemente weggeblieben wären. Eine solche Krise hing heute eine halbe Stunde nur an einem Haar. Niemand wollte aber, wie es scheint, die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, weder die amtsmüde Regierung, noch die Deakpartei, noch die Conservativen, noch die Opposition. Die Frage des quid tunc drückte ihr Gewissen. Lieber willigten alle in den Kompromiß ein, um ihr Herz zu erleichtern. Die Betreuer der Regierung wünschten die Krisis, die Conservativen verlangten, daß Konhazy einfach den Antrag Györfy's annehmen möge, um solcher Weise den Akt unter den eigenen Füßen zu fällen, ein Theil der Deakpartei wünschte den Antrag Györfy's im Club zu verhandeln, damit eine Ministerkrise nicht ohne Wissen und Einwilligung des kranken Franz Deak entschieden werde. Endlich kam man aber im Ministerrathe überein, den Antrag Györfy's anzunehmen, wenn Csernatony dem Hause Abbitte leistet.“

Die Krisis in Frankreich

wird von dem öffentlichen Blätter sehr eifrig besprochen. Der „Köln. Ztg.“ erscheint die Situation in Paris minder drohend, als sie von anderer Seite her gekennzeichnet wird; wohl nähmen die schwarzen Punkte am politischen Horizonte zu und doch sei der wirkliche Ausbruch eines Gewitters nicht zu gewärtigen. Selbst wenn die Kerdrel-Commission mit einem scharf gegen Thiers gerichteten Antrage vor die Nationalversammlung hintreten sollte, so dürfte doch schließlich der Sieg dem Präsidenten der Republik gesichert bleiben, da, wie allgemein angenommen werde, im letzten Momente auch ein Theil des rechten Centrums sich für ihn entscheiden und ihm so die Majorität namentlich dann sichern würde, wenn er die Vertrauensfrage aufstellen sollte, eine Forderung, zu der ihn auch die zahlreichen Vertrauensadressen aus allen Theilen des Landes ermutigen können.

Im Gegensatz zu dieser Anschauung betont die „Independance belge“ neuerdings, daß die Beziehungen zwischen Herrn Thiers und der durch die Kerdrel-Commission repräsentierten Nationalversammlung aufs äußerste gespannt seien. Auch die „Franz. Corr.“ jagt, daß beide Theile zum Aeußersten entschlossen seien. Der Rechten werden gerüchweise die verschiedensten Pläne zugeschrieben. Nach den einen wäre ihr künftiger Präsident General Changarnier, nach anderen Marschall Mac Mahon und wieder nach anderen Herr Grey. Mittlerweile langen fortwährend Zustimmungsbefehle für Thiers ein, der am 24. in Paris im Ellysée eine Deputation von Kaufleuten empfing und dann nach Versailles zurückkehrte.

Unterm 24. d. wird der „Köln. Ztg.“ aus Paris telegraphirt: „Von allen Seiten wird bestätigt, daß die Lage seit gestern viel ernster geworden ist. Der in der gestrigen Sitzung der Kerdrel-Commission von Thiers gestellte Antrag (Ernennung einer Commission zur Prüfung der Verfassungsform) hat keinen Anklang bei der Majorität gefunden. Nachdem Thiers sich entfernt hatte, beschloß die Commission, in dem Bericht, den Batbie abzufassen hat, die Frage in Betreff der Republik, deren Existenz nicht abgeleugnet werden soll, ganz bei Seite zu lassen und einfach auf die Ernennung einer Commission anzutragen, welche die Beziehungen des Herrn Thiers zu Kammer regeln soll. Alle anderen Fragen können, wie im Berichte ferner gesagt werden soll, mit Nutzen nur nach der vollständigen Räumung des Territoriums gelöst werden, während die Regelung der Beziehungen zwischen der Exekutivgewalt und der Kammer nicht ohne Nachtheil zu vertagen ist. Der Kerdrel'sche Antrag soll verworfen werden. Wie man ferner vernimmt, wird der Bericht versteckte Angriffe auf Thiers enthalten, den man gern wieder reizen möchte. Natürlich wird dieser sich das nicht gefallen lassen, sondern, wenn der Bericht in einem böswilligen Sinne abgefaßt ist, damit antworten, daß er die Kammer auffordert, zu erklären, ob er und seine Regierung ihr Vertrauen haben oder nicht. Daß er sich von der Majorität, wenn dieselbe auf die angegebene Weise wirklich vorgeht, nicht beugen wird, geht übrigens aus einem Artikel des „Bien public“ hervor, der sich sehr scharf, sogar drohend gegen die Majorität ausspricht. Er sagt, Thiers werde die Bedingungen der Commission nicht annehmen, sondern auf seine Entlassung antragen. Wie die Stimmung unter der Majorität ist, beweist zur Genüge die Sprache ihrer Blätter. Die legitimistische „Union“ beschuldigt Thiers, einen Gewaltstreich versuchen zu wollen, und mahnt die Versailler, auf ihrer Hut zu sein. Der „Franzais“ will, daß die Majorität fest zusammenhalte und sich hinter die Commission schüre. Das Factotum von Saint Marc Girardin, Leo, drückt sich im orleanistischen. „Journal de Paris“ auch sehr energisch dahin aus: wenn Thiers in der Commission wirklich so gesprochen, wie die Zeitungen mitgetheilt hätten, so müßte entweder er oder die Ma-

jorität abtreten. Die übrigen Blätter halten die Lage alle für sehr ernst. Der „Temps“ meint, Thiers habe sein Ultimatum gestellt, die Majorität das ihrige und da es nicht wahrscheinlich sei, daß das rechte Centrum sich von der Rechten trennt, um mit der Linken die Republik zu organisieren, so könne die Krisis noch sehr lange dauern.

Die Situation in Frankreich wird von den londoner Blättern keineswegs als ernst und drohend aufgefaßt. „Times“ hält sich für überzeugt, daß Herr Thiers versöhnlich gestimmt und zu Concessionen, so weit solche nur irgend möglich, bereit sei, während andererseits die Majorität der über den Kerdrel'schen Antrag beratenden Commission, obgleich sie der Rechten angehört, doch von den friedlichsten Absichten ausgehe. Was den von einer Seite her in den Vordergrund gestellten Marschall Mac Mahon anbelange, so wolle dieser nichts davon hören, eventuell des Präsidenten Nachfolger zu werden.

„Daily News“ setzt den Franzosen auseinander, wie ein Rücktritt des Präsidenten in diesem Augenblicke von den ernstesten Folgen begleitet sein könnte und man daher trachten müsse, die Staatsmaschine andauernd in Gang zu bringen. Es siehe übrigens ein mehr oder weniger vollkommenes Einvernehmen zwischen Thiers und der Kammer zu erwarten; die letztere werde sicherlich von den Lehren der letzten Tage zu profitieren wissen.

„Daily Telegraph“ meint, die ganze Situation sei darnach angethan, im Interesse Frankreichs den warmen Wunsch auszusprechen, daß Thiers als bewährter Regent recht lange am Ruder bleiben möge und nur „Standard“ rath dem Präsidenten, ohne weitere Umstände seine Drohung wahr zu machen und zurückzutreten, damit der ewigen Unentschlossenheit ein Ende gemacht werde.

Die „Nordd. allg. Ztg.“ läßt sich bei Gelegenheit der Besprechung der französischen Ereignisse vernehmen wie folgt:

„Es wäre müßig zu eruiieren, von welcher Seite die Initiative zu einem Streite ausgegangen, welcher heute den von der Majorität der Nationalversammlung berufenen Träger der Staatsgewalt dieser selben Majorität in einem fast unverföhnlichen Gegensatz gegenüberstellt. Man ist dahin nur durch Misverhältnisse, durch ein Verkennen der Lage und Pflichten gelangt. Der Pact von Bordeaux schuf nicht nur eine Basis der Beziehungen zwischen der Nationalversammlung als der zeitigen Trägerin der Nationalsoveränität und Herrn Thiers, dem von ihr berufenen Repräsentanten der letzteren, sondern er schuf damit auch eine Basis der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, jene Basis, auf welcher seitdem die in vieler Hinsicht für Frankreich erfolgreichen Verhandlungen stattgefunden haben. Diese Basis intact zu erhalten, bis der Zweck erreicht ist, zu welchem sie geschaffen worden, erscheint demnach heute als oberste Pflicht aller französischen Patrioten. Die strenge Rückkehr zum Pact von Bordeaux sollte allein die Lösung der augenblicklichen Krisis sein. Tragen auch heute die direct und indirect eingelaufenen Nachrichten ein ernsteres Gepräge, so schließen sie doch die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit einer Verständigung nicht aus. Die Ministerverantwortlichkeit, welche von der Rechten verlangt wird, ist bereits im Art. 2 der Constitution niedergelegt, es würde sich also nur um den Modus handeln, sie eventuell zur Anwendung zu bringen. Die Ablehnung einer Antwort auf die Botschaft, „weil der Präsident der Republik nur Deligierter der Nationalversammlung sei“, erscheint uns vollkommen correct. Herr Thiers steht zur Kammer factisch nicht in dem Verhältniß, wie in andern Ländern die Krone zum Parlament. Er ist nur der Mandatar derselben, nicht ein gleichberechtigter Factor neben ihr. Herr Thiers will die Rückkehr zum Zweikammersystem, zur praktischen Verrückung der Theorie von den drei gleichberechtigten Gewalten. Zwei derselben lassen sich allerdings herstellen, die dritte, die schwerwiegendste, mag als republikanische Präsidenschaft jenen beiden gleichberechtigt constituirt werden können, gleich berechtigt wird sie deshalb nie sein. Denn eine Revolution schafft kein Recht. Die Majorität der Nationalversammlung steht auf diesem Standpunkt. Seit achtzig Jahren hat man in Frankreich in schnell wechselnder Folge die Revolution zur Rechtsbasis genommen, — es ist den conservativen Fractionen nicht zu verdenken, wenn sie nach den Erfahrungen beinahe eines Jahrhunderts weitere derartige Versuche nicht mehr zulassen wollen.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 29. November.

Aus der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 28. d. berichten wir folgenden: Justizminister Pauker legt einen Gesetzentwurf über die Kosten der Neuorganisation der Justizpflege in der Militärgrenze vor, welcher sofort dem Finanzausschusse zugewiesen wird. — Referent August Pulszky reicht den Bericht der Commission für den Honved-Gesetzentwurf betreffend die Deckung des Pferdebedarfes im Mobilisierungsfalle ein. Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten und die Berathung des hauptstädtischen Gesetzentwurfes, respective die Debatte über die Einführung der Birkschnecken fortgesetzt.

Die „Provinzial-Correspondenz“ meldet, der Kaiser werde die „endgültige Bestimmung über die zur Sicher-

ung des Zustandekommens der Kreisordnung erforderlichen Maßregeln treffen. — Am 25. d. wurde in einer vertraulichen Sitzung des preussischen Staatsministeriums die Liste der neuen Pairs, welche ausschließlich hohe Beamte und große Grundbesitzer enthält, endgültig abgeschlossen. Die Sanction des Kaisers wird erwartet. An den Bemühungen, die Mehrheit des Herrenhauses umzustimmen, um den Pairschub zu vermeiden, nahm auch der Präsident des Herrenhauses theil.

Man hofft in Frankreich noch immer auf eine versöhnliche Wendung. Die Regierung beabsichtigt, der Nationalversammlung die Einsetzung einer Commission vorzuschlagen, die mit der Vorbereitung des Gesetzentwurfes über die Ministerverantwortlichkeit so wie anderer in der Botschaft angedeuteten Reformen betraut würde. Der Ministerrath wird endgültig über die anzunehmende Haltung Beschluß fassen.

Die italienische Kammer setzt die Verathung über das Budget des Ministeriums des Aeußern fort. In Beantwortung der Auslassungen eines Vorredners sagt der Minister des Aeußern: Die Regierung gedenkt in ihrer Politik der Mäßigung zu verharren; sie will der clericalen Partei jeden Vorwand benehmen, sich Vertreter der religiösen Interessen zu nennen, indem sie dieselbe zu dem Geständnisse zwingt, daß sie kein anderes Programm habe, als einen europäischen Krieg zur Wiederherstellung der weltlichen Macht zu entfachen. Der Minister spricht weiters über den befriedigenden Zustand der internationalen Beziehungen, über das gute mit Deutschland bestehende Verhältnis und über den Zwischenfall in der Metercommission, welcher nach freundschaftlichen Erklärungen beigelegt wurde. Er erwähnt ferner der Laurion-Frage, welche keinen Schritt vorwärts gemacht hat, ungeachtet der Mäßigung des gegenüber der griechischen Regierung eingehaltenen Vorganges. Der Minister sagt schließlich: Die Interessen Italiens sind die Interessen Europas, d. h. der Friede, der liberale Fortschritt und die Erhaltung des Bestehenden in sozialer Beziehung.

Ein Telegramm aus Bukarest meldet: Fürst Carol hat am 27. d. die gesetzgebenden Kammern eröffnet. Die Thronrede kündigt an, daß die Eisenbahnlinien Pitești-Krajova und Thurn-Severin-Bereşerowa demnächst gebaut und nach den bestehenden Gesetzen beendet werden. Das Erträgnis der Linien Pitești-Galaş-Roman lasse schon für heuer eine Verminderung der garantierten Annuitäten hoffen. Die Thronrede verspricht Reformen in allen Verwaltungszweigen und erklärt schließlich die Beziehungen zu dem Auslande für befriedigend. Der Fürst wurde bei Beginn und bei dem Schluß der Thronrede enthusiastisch begrüßt.

Raschid Pascha, gewesener General-Gouverneur des Vilajets Syrien, ist an Stelle Khalil Paschas zum Minister des Aeußern ernannt worden.

Präsident Grant erklärte gelegentlich eines Gespräches, die Botschaft werde keine politischen Veränderungen ankündigen. Wenn er in derselben eine Amnestie empfiehlt, so werde diese eine vollständige sein, unter der Bedingung, daß alle, welche derselben theilhaftig werden, einen Eid auf die Verfassung leisten. Es sei nicht nothwendig, gegen den Norden eine freundschaftlichere Erklärung zu geben als gegen den Süden. Präsident Grant wird dem Congresse auch Maßregeln bezüglich der in Oest bewilligten Entschädigung vorschlagen.

Tagesneuigkeiten.

Agrarischer Congress.

Der agrarische Congress in Wien 1873 wird sich mit den nachfolgenden Verhandlungsgegenständen beschäftigen:

1. Erscheint die von mehreren Seiten angeregte Einberufung des agrarischen Congresses in bestimmten Zeiträumen oder dessen Umwandlung in eine stehende Institution nothwendig?

2. Hat sich die seit dem ersten agrarischen Congress in Wien 1873 die Art und Form des Verkehrs zwischen dem Ackerbauministerium und den Landwirtschafts-Gesellschaften als entsprechend für die gedeihliche Wirksamkeit der letzteren erwiesen oder werden hierin Aenderungen beantragt und welche?

3. Welche Erfahrungen liegen über die von verschiedenen Seiten angeregte Frage vor, inwiefern die bisherige innere Organisation der Landwirtschafts-Gesellschaften auch zur Sicherung einer sachlichen Behandlung technischer Angelegenheiten genüge?

4. Lassen die bisherigen Erfahrungen bezüglich des Subventionswesens im allgemeinen oder bezüglich einzelner Zweige desselben prinzipielle Aenderungen, sei es für das Ackerbauministerium oder für jenes der Landwirtschafts-Gesellschaften, wünschenswerth erscheinen?

5. Werden bezüglich der Hebung des vom Ackerbauministerium subventionierten landwirtschaftlichen Unterrichtes geänderte oder neue Maßregeln vorgeschlagen?

6. Was kann geschehen, um das landwirtschaftliche Meliorationswesen im weiteren Sinne (insbesondere Bewässerung, Drainage, Umflossensystem von Wirtschaften u. c.) von technischer und finanzieller Seite den Verhältnissen der einzelnen Länder entsprechend zu fördern? Empfiehlt es sich insbesondere, Staatsvorschuße und unter welchen Bedingungen zu ertheilen, landwirtschaftliche Commissionsräthe, Kulturingenieure, Wiesenbaumeister anzustellen und

eine bestimmte Form des speciellen Unterrichtes im landwirtschaftlichen Ingenieurwesen für verschiedene Stufen dieses Berufes zu adoptieren?

7. In welcher Weise wäre die Verallgemeinerung der Genossenschaften zur Hebung der landwirtschaftlichen Production und Industrie am wirksamsten zu fördern?

8. Welche Maßregeln wären für die Hebung des landwirtschaftlichen Credits zu ergreifen?

9. In welcher Beziehung bedarf die agrarische Gesetzgebung vorzugsweise einer Ergänzung durch neue Gesetze und welche Prinzipien wären der letzteren zu Grunde zu legen?

— (Personalnachricht.) Se. Excellenz der Herr Minister Dr. v. Stremaier besuchte in Graz die beiden Bildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen. Während seines fast zweistündigen Aufenthaltes in der Anstalt begab er sich in Begleitung des Directors in sämtliche Klassen und Abtheilungen, wohnte dem Unterrichte bei, prüfte theilweise selbst und nahm Einsicht in die Schülerarbeiten.

— (Franz Deak) ist nun ziemlich hergestellt; bei seinem Erscheinen im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde er mit stürmischem Elan empfangen. Deak erhielt einen Besuch des Herrn Erzherzogs Josef.

— (Personalnachrichten aus Steiermark.) Der k. k. Bezirkshauptmann 1. Klasse, Herr Gustav Gutman in Deutsch-Landsberg, ist über sein Ansuchen zeitlich pensionirt worden. Der Bezirkscommissär Dr. Michael Gfettner wurde von Liezen nach Deutsch-Landsberg, der Conceptadjunct Dr. Johann Hufat zur Bezirkshauptmannschaft Graz, die Conceptadjuncten: Adolf d'Arailza von Leibnitz zur Statthalterei, Karl Viktor Vobesino zur Bezirkshauptmannschaft Liezen und Friedrich Warlgraf von Warena zur Bezirkshauptmannschaft Leibnitz übersezt.

— (Das florentiner Quartett) hat gestern in Klagenfurt nachstehendes Programm ausgeführt: 1. Haydn Z., „Quartett in D-dur.“ 2. Gothard F. P., „Andante mit Variationen und Scherzo.“ 3. Beethoven L., van, Quartett in Es (op. 74.)

— (Sternschnuppen.) In der Nacht vom 27. auf den 28. d. wurden, wie die „Graz. Ztg.“ berichtet, in Graz häufige Sternschnuppenfälle wahrgenommen; der klare sternenhelle Himmel war der Beobachtung dieser Naturerscheinung sehr günstig. Die in die Stadt gekommenen Landleute und auch die mit der natürlichen Erklärung der Sternschnuppen nicht bekannten Leute aus den unteren Klassen der Gesellschaft ergingen sich in den diverssten Vermuthungen, was wohl diese, nur um „Laurinzi“ berechnete Erscheinung jezt, kurz vor dem Advent, zu bedeuten haben könne. — Blattern, Krieg, Theuerung oder einen „großen Sterb“ nannte man besorgt als die wahrscheinlichsten Calamitäten, welchen diese Himmelserscheinung als Vorboten dienen sollte.

Locales.

Krainischer Landtag.

VII. Sitzung.

Laibach, 28. November.

(Fortsetzung und Schluß.)

Abg. Dr. Razlag weist auf die Wichtigkeit der Volksschule hin und betont: es sei bei Regelung des Volksschulwesens nicht nur auf die territorialen und klimatischen, sondern auch auf die sanitären Verhältnisse eines Landes Rücksicht zu nehmen. Bei einigen Kindern beginnt der Schulunterricht erst mit dem 7. oder 8. Lebensjahre; in diesen Fällen wäre die Unterrichtsdauer bis zum vollstreckten 12. Lebensjahre eine zu kurze. Auch Dalmatien und Syrien haben unter gewissen Beschränkungen das 14. Lebensjahr als Abschluß des Volksschulunterrichtes angenommen; die Volksschule ist die Grundlage für Industrie und Ackerbau. Redner stimmt für den Minoritätsantrag — Schulpflichtigkeit bis zum vollstreckten 14. Lebensjahre; sollte der Antrag Costa durchgehen, so beantrage Redner den Besuch der Sonn- und Feiertagschule bis zum vollstreckten 15. Lebensjahre.

Abg. Baron Apfalktern verteidigt in längerer Rede den Antrag der Minorität, der conform mit der Regierungsvorlage; nur würde er eine einzige Abänderung in der Richtung wünschen: wann der Schulbesuch mit dem vollstreckten 12. Lebensjahre als abgeschlossen betrachtet werden kann. Redner beleuchtet den üblen Zustand unserer Volksschule, der nur durch Verlängerung der Schulpflicht bis zum vollstreckten 14. Lebensjahre, durch Heranziehung tüchtiger Lehrkräfte und ausreichende Bezahlung derselben zu beseitigen ist; durch die Annahme des Antrages der Majorität würden wir um ein Jahrhundert im Schulwesen zurückschreiten. Der Einwurf: die Eltern können die Kinder im Haushalte so lange nicht entbehren, ist nicht stichhaltig und des Verstandes der Kinder nicht würdig. Gegen den Einwurf, die Kinder hätten im 13. und 14. Lebensjahre nichts zu lernen, spricht das vorhandene reiche Lehrmaterial; der längere Volksschulunterricht werde auch jenen Kindern von Nutzen sein, die im elterlichen Hause verbleiben, und für jene, die in andere Schulen übertreten, ist er nothwendig. Redner constatirt, daß Krain hervorragende

Talente aufzuweisen habe, daß man für eine gute Volksschule sorgen müsse; in dem Amendement Costa liege ein geistiges Armuthszeugnis; der Schulbesuch in der 1. und 2. Klasse sei kein so frequenter, daß man für eine kürzere Schulpflicht stimmen sollte; auch der Antrag Razlag biete keinen Ersatz für eine längere Schulpflicht. Redner empfiehlt wärmstens den Minoritätsantrag.

Abg. Tavcar spricht sich im Interesse der Volksbildung für die Ausdehnung der Unterrichtsdauer aus, aber auf die Verhältnisse des Landvolkes müsse man Rücksicht nehmen; ein langjähriger Schulbesuch sei absolut unmöglich und mit vielen Schwierigkeiten verbunden, was Redner aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Redner beantragt eine Resolution: der Landesauschuß sei aufzufordern, ein Gesetz über die Fortsetzung des Unterrichtes in den Fortbildungsanstalten auszuarbeiten und dem Landtage in der nächsten Session vorzulegen.

Abg. Deschmann spricht gegen die Anträge Costa und Razlag. Dem Antrage Costa stehen pädagogische und disciplinarische Bedenken entgegen; es sei etwas misliches, die Dauer der Schulpflicht nach der Beschaffenheit einer Schule zu fixieren; eben solche Schwierigkeiten tauchen rücksichtlich der Schüler vom Lande und in den Städten auf; in Fabriksschulen werde in der Regel gar nur abends unterrichtet. Redner erklärt sich für den Minoritätsantrag, der allein den Bedürfnissen des Landes entspreche und alle Schwierigkeiten, welche durch den Majoritätsantrag und durch Amendements entstehen, beseitige.

Abg. Dr. Bleiweis kann sich nicht für den Antrag Razlag erklären. Redner plaidiert für den Antrag Tavcar und für die Resolution betreffend die Errichtung von Fortbildungsschulen, in denen die Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahre zu unterrichten wären. Das diesfällige Programm sei festzusetzen.

Abg. Kromer beruft sich auf die Motivierung Apfalktern und Deschmann, betont, daß im Schulausschuße ausgezeichnete Fachmänner, auch Familienväter und Experten saßen, die sich für das Minoritätsvotum erklärt haben. Gegen den Antrag Tavcar bemerkt Redner, daß man, wo es sich um die Intelligenzfrage handelt, kein solches Gewicht auf die Vermögensverhältnisse der Eltern legen solle, da doch der Wohlstand mit der Intelligenz eines Volkes gleichen Schritt hält.

Abg. Dr. Razlag erklärt, daß er mißverstanden worden sei; er werde für den Minoritätsantrag stimmen, nur für den Fall, als der Majoritätsantrag angenommen würde, habe er den erwähnten Antrag gestellt; die fragliche Resolution wäre nur die Aufschubung der Fortbildungsschulfrage ad græscas calendas, mindestens bis zum Jahre 1874.

Hiernach wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatter Svetec erklärt sich für den Minoritätsantrag und widerlegt den Majoritätsantrag, constatirt, daß alle Provinzen das vollstreckte 14. Lebensjahr als Schluß der Schulpflichtigkeit annehmen; Krain könne nicht zurückbleiben, die Opfer des Landes werden keine großen sein, indem in Krain nur 51 pCt. der Bevölkerung die Schule besuchen; sind die Auslagen für die Schule größer, so werden auch die Erfolge größer sein. Der Minoritätsantrag ist der Rahmen, in dem sich auch unser Volksschulwesen entwickeln muß. Der Redner deutet noch auf die vielen Anträge und Amendements hin und empfiehlt unter großem Beifall des Hauses dringend das Minoritätsvotum.

Ueber Antrag des Abg. Horak wird über den Antrag Costa abgestimmt und derselbe angenommen, ebenso wurde der Resolutionsantrag Tavcar genehmigt und der Antrag Razlag abgelehnt.

Abg. Pintar beantragt zu § 24, daß die Controle der Schulkataloge nicht halbmonatlich, sondern monatlich stattfinden solle.

Abg. Deschmann spricht aus pädagogischen Rücksichten dagegen; der Berichterstatter verteidigt den Auschußantrag, und der Antrag Pintar wird abgelehnt.

Abg. Razlag beantragt zu § 37 und 38 die Aufhebung des Schulgeldes; das Schulgeld sei als Hemmschuh für arme Schüler anzusehen.

Abg. Kromer hält den Antrag Razlag für verfrüht, überdies würde er dem Lande große Auslagen aufbürden.

Abg. Zagorc spricht für die Aufhebung des Schulgeldes.

Berichterstatter Svetec verteidigt den Auschußantrag; der Antrag Razlag wird abgelehnt.

Abg. Deschmann spricht sich bei § 44 für die Fassung nach der Regierungsvorlage aus.

Der Antrag Razlag: daß die Gehalte der Volksschullehrer von Abzügen zu Schulzwecken befreit werden, fällt und wird die ursprüngliche Fassung angenommen.

Der Gesetzentwurf wird hiernach in 2. und 3. Lesung angenommen.

Wegen vorgerückter Stunde werden die Punkte 2, 5, 6 und 9 von der Tagesordnung abgesetzt und die erste Lesung von den Punkten 3, 4, 7 und 8 vorgenommen.

Abg. Dr. Razlag begründet seinen in der letzten Sitzung gestellten Antrag in Betreff der Abänderung einiger Bestimmungen des Wehrgesetzes wegen Begünstigung der Candidaten der Theologie. Redner betont die Wichtigkeit der theologischen Studien, weist darauf hin,

daß den Hörern weltlicher Facultäten besondere Begünstigungen zutheil wurden, insbesondere den Mediziniern, die ihr Freiwilligenjahr als Eleven des militär-ärztlichen Dienstes absolvieren können. Redner stellt den Antrag, es sei sich dahin zu verwenden, daß auch den Studierenden der Theologie die Begünstigung zutheil werde, ihre Studien auch nach erfolgter Affentierung fortsetzen und die Ordination erlangen zu können. Dieser Antrag wird dem Gemeindevorstande zugewiesen.

Der Herr Regierungsvertreter wird die Interpellation des Abg. Dr. Costa in Betreff des Ausschusses der Industrie in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Nächste Sitzung Montag den 2. Dezember.

— (Ernennungen.) Das k. k. Oberlandesgericht für Steiermark, Kärnten und Krain hat den Diurnisten Jakob Springer zum Kanzlisten bei dem k. k. Bezirksgerichte Maribor ernannt und den Kanzlisten des Bezirksgerichtes Senoschitz, Jakob Velepic auf sein Ansuchen zu jenem in Krain überfetzt.

— (Theateranzeige.) Herr Karl Carode, unserm ersten Helden und Liebhaber, ist es gelungen, das auf dem neuesten Repertoire des Hofburgtheaters in Wien stehende Bühnenwerk „Ein Bruderzwist im Hause Habsburg“, Drama in fünf Akten von Grillparzer, mit bedeutenden Auslagen zu acquirieren. Herr Karl Carode wird uns dieses neueste hervorragende Drama unter Mitwirkung sämtlicher hiesigen Bühnenkräfte mit großem Aufwande am Dienstag d. 3. t. M. in seiner Benefizvorstellung vorführen. Der uns in Aussicht stehende dramatische Hochgenuss und Herrn Carode's bisherige vorzügliche Leistungen in den Vorstellungen „Mutter und Sohn“, „Uriel Acosta“, „Kabale und Liebe“, „Pasquill“, „Müller und sein Kind“, „Gefängnis“, „Der letzte Nationalgardist“, „Eisungsfest“ u. m. a. berechtigen zu der Annahme, daß die höchst interessante Theatervorstellung am 3. t. M. sehr zahlreich besucht werden wird.

— (Eine Preisvertheilung) wollen, wie „Slov. Nar.“ erfährt, auch die Studenten slovenischer Zunge an der Wiener Universität bezeugen. — In Wippach veranstaltet die Citalnica am 1. t. M. einen Festabend mit Gesang, Declamation, Aufführung des Lustspiels: „Grüß Euch Gott“ und Tombola.

— (Linie Trieste-Venedig.) Wie „Tergesteo“ meldet, arbeiten die Ingenieure Südenhorst, Buzzi und Ballon eifrig an der projectierten Linie Trieste-Venedig, und das betreffende abgeänderte Project werde binnen kurzem vollendet sein.

— (Von der Kronprinz Rudolfsbahn.) Auf der Strecke Altemarkt-Rottenmann (8.88 Meilen) waren vom 1. bis 15. November durchschnittlich 676 Arbeiter beschäftigt, darunter 254 Erdarbeiter, 119 Handwerker, 11 Steinmetze, 73 Maurer, 61 sonstige Professionisten u. m. a. Nach den Perzentangaben der fertigen Arbeiten, die sich zwischen 92 und 99 bewegen, dürfte diese Strecke in Kürze betriebsfähig werden.

— (Theaterbericht vom 29. d.) Das wohl nur schwach besuchte Haus wurde durch die vorzügliche Aufführung der beiden Lustspiele: „Die Liebe im Schloß“ von Febrin, und „Des Nächsten Hausfrau“ von Julius Rosen in die rosige, heiterste Laune versetzt. Die verdienstvollen Szenen des ersten Stückes spielten sich recht lebendig ab. Sämtliche Darsteller: die Herren Röder, Carode und Hofbauer, die Damen Brambilla, Brand und Krosch wurden nach jedem Auftritte beifällig hervorgehoben. Der Glanzpunkt des Abends war Rosens mit Humor und Witz ganz nach der Natur exzellent gearbeitetes Lustspiel. Als hervorragende Leistung müssen wir jene der Frau Krosch (Camilla, Frau) bezeichnen; Mäcke und Spiel erschütterten unser Herz. Fräulein Brambilla gab die Camilla (Nichte) äußerst fein und schalkhaft. Herr Röder war als „Vögelmann“ urgemüthlich;

Herr Carode (Tonner) naiv und sehr verdienstlich; nur die Rollenrolle offerierte unliebsame Störungen. Sämtliche mitwirkenden Bühnenkräfte wurden nach jedem der drei Auftritte beifällig gerufen. Nur interessante Bühnenwerke, und der Beifall des Hauses ist den Darstellern sicher!

Stimmen aus dem Publicum.

Wir fanden es begreiflich, wenn nahezu sämtliche Mitglieder einer Bühne kritischen Angriffen entgegengetreten, die gegen die gesamten Bühnenkräfte gerichtet sind. Wenn wir aber einer sogenannten „Abfertigung“ begegnen, die von Bühnenmitgliedern mitgefertigt ist, deren gute und acceptable Leistungen wir öffentlich anerkannt haben, so müssen wir einen solchen Vorgang unbegreiflich, ja unberechtigt finden. Die Herren Delin, Aufm, Stoll, Kühn und Frau Kropp hatten am allerwenigsten Ursache, die in der „Paib. Ztg.“ vom 29. d. eingeschaltete „Abfertigung“ — wenn sich Theatermitglieder vis à vis dem Publicum eines solchen Titels überhaupt bedienen dürfen — mitzufertigen. Das Recht, Vergleiche über die Theaterkräfte des Vor- und laufenden Jahres anzustellen, gehört in die Kompetenz des zahlenden Publicums; aus diesem Grunde müssen wir auch die in der Abfertigung vorkommende unschickliche Bemerkung hinsichtlich des vorjährigen Damenchores entschieden zurückweisen. Es soll uns freuen, wenn die dermaligen Bühnenkräfte — auch ohne Schlesinger und Paulmann u. a. — in der Lage sein werden, uns genießbare Opern und Gesangspossen zu offerieren. Unseres Erachtens müssen im Stande des Theaterpersonales noch einige Lücken ausgefüllt werden, bis die Frage „Sein oder Nichtsein“ endgiltig entschieden werden kann; dabei bleiben einige permanente Fautenils-Inhaber.

Im allgemeinen Interesse

finden wir uns veranlaßt, auf die im heutigen Blatte enthaltene Annonce des Herrn Gustav Schwarzschild in Hamburg ganz besonders hinzuweisen. Die angekündigten Original-Lose können wir wegen der großen und zahlreichen Gewinne bestens empfehlen. Die Realität und Solidität dieses Hauses ist bekannt und daher nichts natürlicher, als die vielen bei demselben einkaufenden Aufträge, welche ebenso rasch als sorgfältig ausgeführt werden.

Neueste Post.

Wien 29. November. Se. k. und k. Apostolische Majestät sind gestern, den 28. d. M., abends nach Gödöllö abgereist.

Die „Deft. Corr.“ meldet, Se. Majestät der Kaiser haben am 28. d. gegen 40 Audienzen zu erteilen und unter anderen den Fürsten von Thurn und Taxis, den Markgrafen Pallavicini u. m. a. zu empfangen geruht. Um 12 Uhr fand ein Ministerrath unter dem Vorsitze Sr. Majestät statt.

Wien, 29. November. Im gestrigen Ministerrathe erklärten sich alle Cabinetmitglieder solidarisch für das Wahlreformgesetz; der Kaiser beauftragte hierauf den Minister Vasser mit Ausarbeitung des betreffenden Entwurfes.

Madrid, 28. November. Die Insurgenten sind in die Stadt Murcia eingebrungen, nach hartnäckigem und blutigem Kampfe aber zurückgeschlagen worden; mehrere andere Banden wurden ebenfalls zersprengt und in Madrid selbst herrscht vollständige Ruhe.

Madrid, 29. November. In Saragossa Aufregung. Truppen operieren überall thätig gegen die Insurgenten. — Nach der „Epoca“ wurde eine französische Observationsarmee an die Grenze dirigiert.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 29. November.

Papier-Rente 66.25. — Silber-Rente 70.55. — 1860er Staats-Anlehen 102.80. — Bank-Aktion 98.5. — Credit-Aktion 341.25. — London 108.60. — Silber 108. — R. t. Münz-Ducaten 5.18. — Napoleons 8.65

Börsenbericht. Wien, 28. November. Die Grundtendenz der Börse ist unveränderte Neigung zur hausse. Allein die Börse wird durch äußerliche Umstände gehindert, dieser ihrer Tendenz zu folgen. Die Verwirrungen im Arrangement und die Ungewissheit darüber, wann und wie diesem Zustand ein Ziel gesetzt werden wird, die Stockungen in der Zollziehung den effectuerten Schüssen und die Unsicherheit der Geldbewegungen, welche deren Folge ist, erregen weitgehende Befürchtungen und sind die Ursache von Rückgängen, welche übrigens nicht alle Kategorien von Papieren und namentlich nicht die Anlagspapiere betreffen.

A. Allgemeine Staatsschuld.				Wiener Communalanlehen, rückz. Geld Waare				Geld Waare			
für 100 fl.				zahlbar 5 pEt. für 100 fl.				für 100 fl.			
Einheitsliche Staatsschuld zu 5 pEt.				D. Aktien von Bankgesellschaften.				Geld Waare			
in Noten verzinst. Mai-November				Anglo-Osterr. Bank				Franz-Josephs-Bahn			
" Silber " Februar-August				Bankverein				Lemberg-Gal. u. Jassyer-Bahn			
" " März-Juni				Boden-Creditanstalt				Osterr. Nordwestbahn			
" " April-October				Creditanstalt f. Handel u. Gew.				Rudolfs-Bahn			
Lose v. J. 1839				Creditanstalt, allgem. ungar.				Siebenbürger Bahn			
" 1854 (4 %) zu 250 fl.				Depositenbank				Staatsbahn			
" 1860 zu 100 fl.				Compt. d'Escompte, n. 3.				Südbahn			
" 1860 zu 500 fl.				Franco-Osterr. Bank				Süd-nordb. Verbind. Bahn			
" 1864 zu 100 fl.				Handelsbank				Theiß-Bahn			
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu				Nationalbank				Ungarische Nordostbahn			
120 fl. 3. W. in Silber				Unionbank				Ungarische Ostbahn			
B. Grundentlastungs-Obligationen.				Bereitsbank				Tramway			
für 100 fl.				Verkehrsbank				F. Pfandbriefe (für 100 fl.)			
Böhmen zu 5 pEt.				E. Aktien von Transportunternehmungen.				Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt			
Galizien " 5 "				Alföld-Günzinger Bahn				verlosbar zu 5 pEt. in Silber			
Nieder-Österreich " 5 "				Böhm. Westbahn				bis in 33 J. rückz. zu 5 pEt. in 3. W.			
Ober-Österreich " 5 "				Carl-Ludwig-Bahn				Rationalis. zu 5 pEt. 3. W.			
Siebenbürgen " 5 "				Donau-Dampfschiff. Gesellsch.				Lug. Boh.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pEt.			
Steiermark " 5 "				Elisabeth-Westbahn (Kinz- und weiser Strecke)				G. Prioritätsobligationen.			
Ungarn " 5 "				Herzogs-Altenburg-Bahn				K. Münz-Ducaten 5 fl. 15 fr. 5 fl. 17 fr.			
C. Andere öffentliche Anlehen.				Gaultherien-Bereitsbank				Napoleonssch. 8 " 69 " 8 " 70 "			
Donauregulirungslöse zu 5 pEt.								Preuß. Cassenscheine 1 " 63 " 1 " 63 "			
U. g. Eisenbahnanlehen zu 120 fl.								Südb. 108 " 25 " 108 " 50 "			
3. W. Silber 5 %, pr. Stück								Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Prioritätsanleihe: 85.75 Gelb, 86 Waare.			
U. g. Prämienanlehen zu 100 fl.											
3. W. 7 1/2 % (Einzahl.) pr. Stück											

Verstorbene.

Den 20. November. Johann Mikli, Tagelöhner, alt 33 Jahre, im Civilspital an der Wassersucht. — Martin Mojina, Tagelöhner, alt 32 Jahre, im Civilspital an der Ruhr. — Josef Stefan, Inwohner, alt 65 Jahre, im Civilspital an der Abzehrung. Den 22. November. Mathias Gabe, Arbeiter, alt 24 Jahre, im Civilspital an Erschöpfung der Kräfte. — Mathias Cerne, Zimmermaler, alt 56 Jahre, im Civilspital an der Abzehrung. — Maria Hubovernig, Private, starb im 48. Lebensjahre in der Stadt Nr. 278 an der Lungentuberculose.

Den 23. November. Josef Terzel, Knecht, alt 41 Jahre, am Kasellberge Nr. 57 an der Gehirnkrankung. — Jakob Rebnitz, Ablebersohn, alt 20 Jahre, im Civilspital infolge zufällig erlittener Verletzung.

Den 24. November. Dem Johann Vertiz, Dienstmann in der Dampfmaschine, sein Kind Maria, alt 1 Jahr und 5 Monate, in der St. Peterstorgasse Nr. 7 an der acuten Gehirnblutwassersucht.

Den 25. September. Johann Leben, Knecht, alt 60 Jahre, im Civilspital an der Tuberculose. — Maria Metel, Inwohnerin, alt 58 Jahre, im Civilspital an der allgemeinen Schwäche.

Den 26. November. Josef Pregel, Hansbesitzer in der Eintracht Nr. 16, alt 65 Jahre, ist vormittags um 7 Uhr unterwegs an der Untertraineistraße gegen Laibach auf dem Wagen infolge zufällig erlittener Verletzung gestorben und dann nach St. Christoph überbracht worden und wurde gerichtlich beschaunt. — Dem Johann Zimpermann, Ableber, seine Tochter Agnes, alt 16 Jahre, in der Karlsbadervorstadt Nr. 6 und dem Jakob Raacan, Fabrikwächter, sein Kind Johann, alt 2 Jahre und 5 Monate, in der Polanavorstadt Nr. 96 beide an der Lungentuberculose.

Den 27. November. Dem Herrn Ferdinand Melchior Schmitt, Handelsmann in Laibach, seine Mutter Cäcilie Schmitt, geborne Kallischneegg, Lederfabrikantenwitwe, starb im 62. Lebensjahre in der Stadt Nr. 273 am Zehrfieber.

Angewandte Fremde.

Am 29. November.

Stefant. Urbanitz, Thurn. — Lanter, Professor. Görz. — Bach, Wien. — Carabelli, Triest. — Graf Nideburg, Sternstein. — Hilbert, Chioftri, Mast und Beder, Florenz. — Dr. Freiherr v. Seifendorfer, Wien.

Stadt Wien. Guttmann, Strasser und Stalzer, Kaufleute, Wien. — Debenz, Speibitzer, Triest. — Stern und Klein, Prag.

Hotel Europa. Dellewa, Adelsberg. — Gornig, Triest. — Kahn, Ingenieur, Wien. — Steinlin, Graz. — Willner, Wien. — Schöner, Kaufm., Pafelbach. — Benig und Pirhan, Marburg.

Bairischer Hof. Kramer, k. k. Hauptmann, Eßeg.

Theater.

Heute: Die Schule des Lebens, oder: Die Königstochter als Bettlerin. Schauspiel in 5 Aufzügen von Raupach.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reduziert	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
29.	6 U. Mg.	732.64	+11.6	SW. mäßig	trübe	0.70
	2 " N.	730.91	+12.8	SW. mäßig	Strichregen	
	10 " Ab.	731.64	+8.9	SW. schwach	ganz bew.	

Sciroccoströmung anhaltend. Vormittags trübe. Nachmittags Strichregen. Südwest anhaltend. Das Tagesmittel der Wärme +11.1°, um 9.3° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Dankagung.

Für die vielfachen Beweise inniger Theilnahme und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte der verstorbenen Frau

Cäcilie Schmitt geb. Kallischneegg

sage ich hiemit im Namen aller Verwandten den herzlichsten Dank.

Laibach, am 30. November 1872.

Ferd. Melch. Schmitt.